

Niederschrift

über die Sitzung (Etat) (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung
am Donnerstag, **28.11.2013**, 17:45 Uhr - 19:40 Uhr,
Lublin-Zimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Marcus Bielefeld , Olaf Bloch , Jürgen Ohm , Werner Quante , Hans-Christoph Vogelberg

von der SPD-Fraktion

Stephan Brinktrine , Elke Leiendecker , Kurt Pölling , Friedhelm Schade

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Heribert Klas , Thomas Marczinkowski , Dr. Rita Stein-Redent

von der FDP-Fraktion

Jens-Ulrich Lenski

auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE.

Rüdiger Sagel

von der Verwaltung

Martina Arndts-Haupt , Wolfgang Heuer , Dr. Thomas Jungkamp , Jochen Lüken , Steffen Maser,
Michael Willamowski

für die Schriftführung

Andrea Gottlob

Es fehlte/n:

Georg Berding , Olaf Dreßen , Gerhard Joks , Thomas Marquardt , Fritz Pfau , Simone Wendland

Tagesordnung

- | | | |
|----------------------------|-----|--|
| | 1. | Eingänge und Mitteilungen |
| <u>V/0462/2013</u>
I | 2. | Optimierung bürgerorientierter Dienstleistungen: Mittelfristige Büroflächenplanung der Stadt Münster |
| <u>V/0463/2013</u>
II | 3. | Optimierung bürgerorientierter Dienstleistungen: Stadthaus 1 - Sanierung sowie Einrichtung eines Bürgerservicezentrums, Verbleib Bauteile E+F sowie Petzholdhaus im Eigentum |
| <u>V/0464/2013</u>
II | 4. | Optimierung bürgerorientierter Dienstleistungen: Künftige Nutzung Dominikanerkirche |
| <u>V/0533/2013</u>
V | 5. | Kinderhaus-Brüningheide: a) Jahresbericht 2012 und Fortsetzung des Maßnahmenprogramms ab 2014; b) Perspektiven für die künftige Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit im Wohngebiet |
| <u>V/0659/2013</u>
I | 6. | Fortschreibung des Bedarfsplanes für den Rettungsdienst der Stadt Münster |
| <u>V/0835/2013</u>
V | 7. | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL an den Rat A-R/0053/2012: "Masterplan Quartier" (Versorgungssicherheit für Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf); Vorhabenkonkretisierung |
| <u>V/0860/2013</u>
IV | 8. | Projektbereich der VHS;
Organisation der arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen bei der Stadt Münster |
| <u>V/0662/2013</u>
V | 9. | Ausschöpfung des Eingliederungstitels (EGT) des Jobcenter Münster |
| <u>V/0610/2013</u>
V | 10. | Rückbau von öffentlichen Spiel- und Bolzplätzen |
| <u>V/0761/2013/1</u>
II | 11. | Prüfung der ortsfesten und ortveränderlichen elektrischen Betriebsmittel |
| <u>V/0750/2013</u>
II | 12. | Abfallwirtschaftsbetriebe Münster
- Wirtschaftsplan 2014
- Finanzplan 2014 - 2018 |
| <u>V/0791/2013</u>
I | 13. | Wirtschaftsplan 2014 der citeq |
| <u>V/0822/2013</u>
II | 14. | Handlungsprogramm 2012 bis 2017 - 2. Projektbericht zur Umsetzung |
| | 15. | Stellenplan-Entwurf 2014 für die Stadt Münster |
| | 16. | Haushaltsplan-Entwurf 2014 für die Stadt Münster |
| | 17. | Verschiedenes |

Herr Klas eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 1 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Herr Willamowski teilte mit, dass entsprechend der Nachfrage von Herrn Joksche aus der letzten Sitzung des APRO zu den Kosten externer Rechtsberatung zwischenzeitlich eine Liste erstellt worden sei. Die Liste wird den Mitgliedern mit der Niederschrift übersandt.

Keine weiteren Eingänge und Mitteilungen

Punkt 2 der Tagesordnung V/0462/2013

Optimierung bürgerorientierter Dienstleistungen: Mittelfristige Büroflächenplanung der Stadt Münster

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben.

Punkt 3 der Tagesordnung V/0463/2013

Optimierung bürgerorientierter Dienstleistungen: Stadthaus 1 - Sanierung sowie Einrichtung eines Bürgerservicezentrums, Verbleib Bauteile E+F sowie Petzholdhaus im Eigentum

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben.

Punkt 4 der Tagesordnung V/0464/2013

Optimierung bürgerorientierter Dienstleistungen: Künftige Nutzung Dominikanerkirche

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben.

Punkt 5 der Tagesordnung V/0533/2013

Kinderhaus-Brüningheide: a) Jahresbericht 2012 und Fortsetzung des Maßnahmenprogramms ab 2014; b) Perspektiven für die künftige Jugendar- beit/Jugendsozialarbeit im Wohngebiet

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden **geänderten Beschlussvorschlages** (entsprechend der Beschlüsse der BV-Nord, des AKFJ und des ASGAf) zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Der Jahresbericht 2012 (Anlage 2) für das Maßnahmenprogramm Wohngebiet Münster Kinderhaus-Brüningheide wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Programm wird ab 2014 nach Maßgabe der in der Begründung dargestellten Eckpunkte fortgeführt.

3. Die Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit in der Brüningheide wird inhaltlich und konzeptionell - insbesondere im Hinblick auf präventive Angebote - überprüft, qualifiziert und ggf. neu ausgerichtet. In dem Zusammenhang werden auch
 - die vorhandenen Netzwerkstrukturen der Träger der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit in der Brüningheide überprüft und ggf. angepasst, ferner
 - geprüft, ob eine gemeinsame Nutzung des „Atriums“ multifunktional vom Kulturverein und der Jugendarbeit konform mit der Landesförderung ist und der Jugendsalon ins Atrium verlagert werden kann. Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Kostenplan zu erstellen.
4. Zur Verstetigung der aufsuchenden Jugendsozialarbeit in der Brüningheide wird zum 01.01.2014 im Teilergebnisplan 0602 (Kinder- und Jugendarbeit) eine 0,5 Stelle Entgeltgruppe S 12 für eine sozialpädagogische Fachkraft eingerichtet.
5. Die Verwaltung wird beauftragt,
- 5.1 die weitere Umsetzung des Programms ab 2014 zu koordinieren und mit den nichtstädtischen Maßnahmeträgern Leistungsvereinbarungen sowie zwischen dem Sozialamt und den städtischen Dienststellen, die Einzelmaßnahmen durchführen, Zielvereinbarungen abzuschließen,
- 5.2 dem Rat jährliche Berichte über Umsetzung und Ergebnisse der Maßnahmen sowie über die Entwicklung der Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen, die zuvor der Bezirksvertretung Münster-Nord, den beteiligten Fachausschüssen und Gremien des Rates einschließlich Integrationsrat vorgelegt werden, ferner bei wesentlichen Änderungsbedarfen des Programms erforderliche Beschlussfassungen rechtzeitig vorzubereiten,
- 5.3 dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien **und der BV-Nord** die Prüfergebnisse und Empfehlungen zu Ziffer 3 **möglichst** bis zum ~~II. Quartal 2014~~ **I. Quartal 2014** vorzulegen.

II. Finanzielle Auswirkungen

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe			
Zeile	15	Transferaufwendungen	2014 ff.	123.400	Ansatz lt. HH-Entwurf: 150.000 €
Produktgruppe	0602	Kinder- und Jugendarbeit			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2014 ff.	26.160	
Zeile	15	Transferaufwendungen	2014 ff.	440	
		Insgesamt:		150.000	

Ab dem Jahr 2014 werden 26.600 € von Produktgruppe 0503 zur Produktgruppe 0602 verlagert. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Veränderungsblätter anzufertigen. Die übrigen Aufwendungen für die Fortführung der Projekte 6.04, 6.07 und 6.08 von 6.710 € werden aus vorhandenen Mitteln der Produktgruppe 0602 (Zeile 15) finanziert.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0659/2013**

Fortschreibung des Bedarfsplanes für den Rettungsdienst der Stadt Münster

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Der in der Anlage beigefügten Fortschreibung des Bedarfsplanes für den Rettungsdienst der Stadt Münster wird zugestimmt. Über die Einrichtung von 11,00 Planstellen zum Stellenplan 2014 im Teilergebnisplan 0210 „Rettungsdienst“, die über Gebühren finanziert werden, ist in den Haushaltsplanberatungen zu entscheiden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, vor dem Hintergrund aktueller vergaberechtlicher Entwicklungen auf EU-Ebene (Bereichsausnahme von der allgemeinen Ausschreibungspflicht gem. Trilog-Verhandlungen) sowie der anstehenden Novellierung des Rettungsgesetzes NRW, im Rahmen eines gemeinsamen Projektes mit den Hilfsorganisationen die Auswirkungen auf die Organisation des Rettungsdienstes in der Stadt Münster zu prüfen und den Bedarf für eine Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes zu erörtern.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die durch die Umsetzung der Maßnahmen des Rettungsdienstbedarfsplanes verursachten Kosten werden zu 100 % über die Rettungsdienstgebühren refinanziert und durch die Kostenträger im Gesundheitswesen getragen.

In den letzten 8 Jahren konnte aufgrund von organisatorischen Maßnahmen innerhalb der Verwaltung, bei der Durchführung des Krankentransportdienstes und des Notarztdienstes sowie der kontinuierlichen Steigerung der Fallzahlen in der Notfallrettung und im Notarztdienst eine Gebührenerhöhung vermieden werden. Die Umsetzung der aus der Fortschreibung dieses Bedarfsplanes resultierenden Maßnahmen wird zu weiteren Kosten führen, die in vollem Umfang über Gebührenerträge zu decken sind.

Aufgrund der allgemeinen Kostenentwicklung ist die bisher gültige Gebührensatzung für den Rettungsdienst der Stadt Münster vom 08.12.2005 zu aktualisieren. Die Verwaltung wird nach Abstimmung mit den Kostenträgern dem Rat der Stadt Münster einen Vorschlag zur Anpassung der Gebührensatzung für den Rettungsdienst in einer separaten Beschlussvorlage für die Sitzung des Rates am 11.12.2013 vorlegen.

Die Etatveränderungen wird die Verwaltung über Veränderungsblätter in die Haushaltsplanberatungen einbringen.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0835/2013**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL an den Rat A-R/0053/2012: "Masterplan Quartier" (Versorgungssicherheit für Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf); Vorhabenkonkretisierung

Den Ausschussmitgliedern lag folgende Empfehlung des ASGAf vom 20.11.2013 an den APRO vor:

„Amt 50 – PG 503:

Neu: 1,0 Stelle Quartiersentwickler/-in ab 2. Halbjahr 2014, Umsetzung des Konzepts gemäß Vorlage V/0835/2013. Die beschlossene Empfehlung umfasst Mittelbereitstellungen für Personal-

und Sachkosten von 45.000 € in 2014 sowie von jährlich 90.000 € in den Jahren 2015 und 2017.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, die Empfehlung aufzugreifen und umzusetzen.

Den Bericht nahm der Ausschuss zur Kenntnis.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0860/2013**

**Projektbereich der VHS;
Organisation der arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen bei der Stadt Münster**

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden **geänderten Beschlussvorschlages** (entspricht dem Beschluss des AGL) zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. — ~~Der Rat~~ **Die Verwaltung** der Stadt Münster beschließt, ~~dass die Verwaltung~~ **erarbeitet ein Konzept, wie** eine Integration der arbeitsbezogenen Maßnahmen aus dem bisherigen Projektbereich der Volkshochschule, soweit sie den stabilisierenden und aktivierenden Sektor betreffen, in das Jobcenter **realisiert werden kann** ~~verbereitet und~~ nach Schaffung aller Voraussetzungen (Zertifizierung) ~~durchführt~~. Die VHS wird weiterhin Maßnahmen zur „Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW)“ (z. B. „Hauswirtschaft als Beruf“) anbieten. **Das Konzept wird im ersten Quartal 2014 der Politik zur Entscheidung vorgelegt.**
2. Der Rat der Stadt Münster nimmt zur Kenntnis, dass die arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen entsprechend dem Auftrag des Rates in 2014 als städtisches Angebot zunächst in der VHS fortgeführt werden.
3. Zu den weiteren im Ratsbeschluss vom 10.07.2013 formulierten konzeptionellen Fragestellungen (Zusammenarbeit mit quartiersbezogenen Initiativen, Weiterentwicklung des Bereiches, Entwicklung eines quartiersbezogenen Konzeptes für die Versorgung der Stadtteile, Verstärkung des Engagements im Bereich der Entwicklung, Akquise und Umsetzung) wird die Verwaltung weitergehende Vorschläge in 2014 vorlegen.
4. **In diesem Zusammenhang wird auch die konzeptionelle Weiterentwicklung der Projektarbeit innerhalb der VHS vorgestellt. Dabei soll die Verzahnung mit den Kernaufgaben der VHS und den Angeboten der freien Träger berücksichtigt werden genauso wie Überlegungen zur Akquise neuer Angebote im Rahmen der neuen ESF-Förderphase 2014 bis 2020 im Bereich der beruflichen und der allgemeinen Bildung für Beschäftigte und Arbeitsuchende, Schüler/innen und Studierende, Unternehmen und Betriebe. Des Weiteren sollen weitere nationale und internationale Förderprogramme Berücksichtigung finden.**
Neben der Maßnahme „Hauswirtschaft als Beruf“ und der Weiterentwicklung des Projektbereiches im Jobcenter soll die Konzeptentwicklung für den gesamten Projektbereich der Volkshochschule dargestellt werden.

II. Finanzielle Auswirkungen:

1. Bei der Fortsetzung in 2014 wird planerisch davon ausgegangen, dass die Aufwendungen durch die Erträge ausgeglichen werden können.

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0662/2013**

**Ausschöpfung des Eingliederungstitels (EGT) des
Jobcenter Münster**

Herr Pölling wies darauf hin, dass im AFBL ein Änderungsantrag zur Vorlage eingebracht werde.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben.

**Punkt 10 der Tagesordnung
V/0610/2013**

Rückbau von öffentlichen Spiel- und Bolzplätzen

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden **geänderten Beschlussvorschlages** (entspricht den Beschlüssen des AUB und des AKJF) zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass der beschlossene Konsolidierungsbetrag für die Maßnahme 242 des Handlungsprogramms 2012 bis 2017 nicht alleine durch die Reduzierung der Unterhaltung der Spiel- und Bolzplätze erbracht werden kann und eine weitere Schließung/ ein weiterer Rückbau von Spiel- und Bolzplätzen notwendig ist.
2. Den in der Anlage 1 - 6 der Vorlage dargestellten Vorschlägen für die Schließung/ den Rückbau der öffentlichen Spiel- und Bolzplätze wird **mit Ausnahme der nicht von den Bezirksvertretungen mitgetragenen Schließungen** zugestimmt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

~~Auswirkungen auf den Haushaltsplan 2014 und die Finanzplanung 2015 ff. ergeben sich nicht, da die Konsolidierung der Aufwendungen durch den Rückbau von Spiel- und Bolzplätze mit Ansatzreduzierungen in Höhe von 35.840 € in 2015 und 40.000 € ab dem Jahr 2016 (Vorschlag Nr. 242 aus V/0702/2012/1) bereits mit dem Ratsbeschluss vom 12.12.2012 im Haushaltsplan berücksichtigt wurde.~~

Aufgrund des [AUB-]Beschlusses ergeben sich Auswirkungen für die Haushaltsjahre 2015 ff. in Höhe von 12.350 € jährlich. Diese Beträge werden über ein Veränderungsblatt zum Haushalt 2014 wieder angemeldet.

**Punkt 11 der Tagesordnung
V/0761/2013/1**

**Prüfung der ortsfesten und ortveränderlichen
elektrischen Betriebsmittel**

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben.

**Punkt 12 der Tagesordnung
V/0750/2013**

**Abfallwirtschaftsbetriebe Münster
- Wirtschaftsplan 2014
- Finanzplan 2014 - 2018**

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben.

**Punkt 13 der Tagesordnung
V/0791/2013**

Wirtschaftsplan 2014 der citeq

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit der Stellenübersicht im Wirtschaftsplan der citeq einverstanden.

**Punkt 14 der Tagesordnung
V/0822/2013**

Handlungsprogramm 2012 bis 2017 - 2. Projektbericht zur Umsetzung

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung nahm den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 15 der Tagesordnung

Stellenplan-Entwurf 2014 für die Stadt Münster

Den Mitgliedern des Ausschusses lag ein gemeinsamer Antrag zum Stellenplan der Fraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen/GAL vor. Herr Sagel bat vor Einstieg in die Beratung um eine inhaltliche Erläuterung des Antrags sowie um weitere allgemeine Hinweise zum Stellenplan, insbesondere zu Stellenabwertungen.

Zu den Anträgen erklärte Herr Klas, dass die Erläuterungen jeweils zu den einzelnen Positionen gegeben würden.

Herr Willamowski erläuterte kurz das Bewertungsverfahren nach KGSt und gab weitere allgemeine Hinweise zum Prozedere der Stellenbe- bzw. abwertungen an Hand von Beispielen. Ergänzend erklärte Herr Heuer, dass die Stellenpläne frühzeitig vor den Beratungen an die Mitglieder verschickt würden, um mögliche Fragen dazu im Vorfeld schon aufgreifen zu können. Die Verwaltung stehe dafür nach wie vor jederzeit zur Verfügung.

Die anschließende Beratung des Stellenplans brachte folgende Ergebnisse:

1. Anträge zum Stellenplan (allgemeine Anträge)

Es lagen keine diesbezüglichen Anträge vor

2. Stelleneinsparungen

2.1 Konsolidierungsprogramm 2007 - 2010

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Stelleneinsparungen im Konsolidierungsprogramm 2007 – 2010 einverstanden.

2.2 Konsolidierungsprogramm 2011 ff.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Stelleneinsparungen im Konsolidierungsprogramm 2011 ff. einverstanden.

2.3 Handlungsprogramm 2012 - 2017

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Stelleneinsparungen im Handlungsprogramm 2012 – 2017 (Entwurf plus 1. Ergänzung) einverstanden.

2.4 Sonstige Stelleneinsparungen

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den sonstigen Stelleneinsparungen einverstanden.

2.5 Weitere Anträge

Den anwesenden Mitgliedern lag der gemeinsame Antrag von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen/GAL vor. Herr Pölling erläuterte jeweils die einzelnen Positionen. Es ergaben sich dazu intensive Diskussionen und Nachfragen, zu denen auch die Verwaltung Stellung nahm.

Ergebnis der Abstimmung:

„Antrag zu Dezernat IV:

Von den im Dezernat IV mit Bauangelegenheiten befassten Planstellen werden schnellstmöglich 1,50 Planstellen eingespart. An allen in Frage kommenden Planstellen sind dazu kw-Vermerke anzubringen und bei Freiwerden zu vollziehen. Die Verwaltung wird beauftragt, das Freiziehen der Stellen aktiv anzugehen, z.B. durch adäquate Umsetzungen; dem Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung ist zu berichten.“

Der Antrag wurde gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich angenommen.

„Antrag zu: Presse-/Öffentlichkeitsarbeit und Marketing

Aus allen in diesen Aufgabenbereichen direkt eingesetzten Planstellen – inkl. Münster Marketing – wird schnellstmöglich 1,00 Planstelle eingespart. Die Verwaltung wird beauftragt, das Freiziehen der Stelle aktiv anzugehen, z.B. durch adäquate Umsetzungen; dem Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung ist zu berichten.“

Der Antrag wurde gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich angenommen.

„Antrag zu: Tiefbauamt

Aus den Planstellen der Straßenkontrolleure wird schnellstmöglich 1,00 Planstelle eingespart. An allen in Frage kommenden Planstellen sind dazu kw-Vermerke anzubringen und bei Freiwerden zu vollziehen. Die Verwaltung wird beauftragt, das Freiziehen der Stellen aktiv anzugehen, z.B. durch adäquate Umsetzungen; dem Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung ist zu berichten.“

Der Antrag wurde gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich angenommen.

„Antrag zu: Amt für Bürger- und Ratsservice

Im Teilergebnisplan 0204 wird zum 01.01.2014 1,00 Stelle BesGr. A 13 hD eingespart, um die Umsetzung der Einzelmaßnahme 32 aus dem Handlungsprogramm 2012 – 2017 (Zusammenlegung von zwei BV/ Leiter/-in BZ Süd-Ost) vorzuziehen.“

Der Antrag wurde gegen die Stimme der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich angenommen.

3. Stellenvermehrungen

3.1 aufgrund von Ratsbeschlüssen (Kenntnisnahme)

ergänzt um Beschlüsse zu

TOP 5 – Vorlage V/0533/2013 Kinderhaus-Brüningheide: a) Jahresbericht 2012 und Fortsetzung des Maßnahmenprogramms ab 2014; b) Perspektiven für die künftige Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit im Wohngebiet

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung nahm die Stellenvermehrungen zur Kenntnis.

3.2 Stellenvermehrungen Rettungsdienstbedarfsplan (TOP 6 – V/0659/2013)

Aufgreifen des Beschlusspunktes 1:

1. Der in der Anlage beigefügten Fortschreibung des Bedarfsplanes für den Rettungsdienst der Stadt Münster wird zugestimmt. Über die Einrichtung von 11,00 Planstellen zum Stellenplan 2014 im Teilergebnisplan 0210 „Rettungsdienst“, die über Gebühren finanziert werden, ist in den Haushaltsplanberatungen zu entscheiden.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig die Einrichtung der 11 Planstellen.

3.3 Risikoposition

Feuerwehr

Kategorie veränderte gesetzliche Maßgaben	
Umfang 26,00 BesGr. A 7, A 8, A 9 mD, A 9 mD Fn3	Funktion/Aufgabe Einsatzdienst, Rettungsdienst
Mehrkosten 1.097.080 €	Finanzierung anteilig Rettungsdienstgebühren und wegfallende Opt-out-Zulage/ Eckwerterhöhung

Herr Heuer teilte dazu mit, dass die gesetzliche Regelung des Landtags zur Opt-Out-Zulage abzuwarten sei. Letztmalig sei eine Verlängerung bis zu 3 Jahren vorgesehen. Innerhalb dieser Frist sei der Abbau der freiwilligen Mehrarbeit erforderlich, zeitgleich müssten entsprechende Beamte neu eingestellt werden. Die gesetzliche Regelung würde jedoch erst nach der Ratssitzung vorliegen. Die Verwaltung wird für die Februar 2014-Kette eine entsprechende Ratsvorlage zum weiteren Vorgehen vorlegen.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung stimmte der Risikoposition einstimmig zu.

3.4 Vorschläge der Verwaltung

Zu den Stellenvermehrungen lag den anwesenden Mitgliedern der gemeinsame Antrag der Fraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen/GAL vor. Die Anträge wurden zu den einzelnen Positionen von Herrn Pölling und/oder Herrn Klas erläutert. Es erfolgte dann jeweils Einzelabstimmung:

10 Personal- und Organisationsamt

1	Entwicklung in Pflichtaufgaben	
	1,00 BesGr. A 11	Sachbearbeiter/-in Personaleinsatz, -recht, -betreuung
	66.250 €	Eckwerterhöhung

2	Entwicklung in Pflichtaufgaben	
	0,50 BesGr. A 8	Sachbearbeiter/-in Gesundheitsmanagement
	25.240 €	Eckwerterhöhung

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Stellenvermehrungen (lfd. Nr. 1 und 2) einverstanden.

3	Entwicklung in Pflichtaufgaben	
	0,50 EGr. 2	Sachbearbeiter/-in Beihilfe/Arzneimittelrabatte
	21.580 €	zusätzliche Erträge aus Arzneimittelrabatten

Zu Nr. 3 lag folgender Antrag vor:

Zunächst Befristung der Stelle auf ein Jahr und Prüfung, inwieweit eine Auslagerung der Aufgabe z.B. zu den Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe möglich ist.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der CDU-Fraktion mehrheitlich angenommen.

4	Entwicklung in freiwilligen Bereichen	
	1,00 BesGr. A 11	Sachbearbeiter/-in Organisationsmanagement
	66.250 €	Eckwerterhöhung

Zu Nr. 4 lag folgender Antrag vor:

Reduzierung der Eckwerterhöhung einmalig in 2014 um den bereits finanzierten Anteil bis zum 31.07.2014.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

23 Amt für Immobilienmanagement

5	Entwicklung in Pflichtaufgaben	
	1,75 EGr. 11	Sachbearbeiter/-in Instandhaltung, Bauen im Bestand Kinder- und Jugendeinrichtungen
	121.960 €	Eckwerterhöhung

Zu Nr. 5 lag folgender Antrag vor:

Anstelle des Vorschlags der Verwaltung werden nur 0,75 Stelle neu eingerichtet.

Der Antrag wurde gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich angenommen.

34 Standesamt

6	Entwicklung in Pflichtaufgaben	
	0,50 EGr. 9	Standesbeamtin/-er Geburten
	0,50 EGr. 8	Standesbeamtin/-er Urkundenstelle
	52.320 €	Eckwerterhöhung

Zu Nr. 6 lag folgender Antrag vor:

Anstelle des Vorschlags der Verwaltung werden nur 0,50 Stelle neu eingerichtet und zwar im Bereich Standesbeamtin/-er Geburten.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich angenommen.

40 Amt für Schule und Weiterbildung

7	Entwicklung in Pflichtaufgaben	
	0,38 EGr. 10	Sachbearbeiter/-in, Diplom-Bibliothekar/-in
	0,32 EGr. 6	Sachbearbeiter/-in Medien- und Informationsdienste
	39.180 €	reduzierte Sach- und Personalaufwendungen

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Stellenvermehrungen einverstanden.

8	Entwicklung in Pflichtaufgaben	
	1,00 BesGr. A 8/ EGr. 8	Sachbearbeiter/-in Verwaltung BuT-Leistungen
	0,50 EGr. 13	pädagogische Fachkraft Organisation Lernförderung BuT
	81.300 €	(dauerhaft) erhöhte Erstattungen des Bundes SGB II/ SGB XII

Zu Nr. 8 lag folgender Antrag vor:

Die von der Verwaltung vorgeschlagenen 1,50 Planstellen werden für die Laufzeit des Bildungs- und Teilhabepakets befristet und erhalten dazu einen kw-Vermerk.

Der Antrag wurde bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE einstimmig angenommen.

aus 1. Ergänzung:

8a	Kategorie Entwicklung in freiwilligen Bereichen	
	Umfang 2,59 EGr. 10	Funktion/ Aufgabe Sachbearbeiter/-in Koordination arbeitsmarktbezogene Maßnahmen
	Mehrkosten 167.320 €	Finanzierung Erträge aus der Dienstleistungsvereinbarung mit dem Job-center

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE einstimmig mit den Stellenvermehrungen einverstanden.

44 Westfälische Schule für Musik

9	Entwicklung in freiwilligen Bereichen	
	0,50 EG. 6	Sachbearbeiter/-in Verwaltungsangelegenheiten
	22.860 €	Mittelumschichtung innerhalb des Personalbudgets

50 Sozialamt

10	Entwicklung in Pflichtaufgaben	
	0,75 BesGr. A 10	Sachbearbeiter/-in Unterhaltsheranziehung
	45.250 €	Fallpauschalen des Jobcenters, reduzierte Transferaufwendungen, erhöhte Erträge aus Rückzahlungen

11	Entwicklung in freiwilligen Bereichen	
	0,50 EGr. S 12	Sachbearbeiter/-in Fallmanagement Senioren und Pflege
	26.160 €	Eckwerterhöhung

12	Entwicklung in Pflichtaufgaben	
	1,00 BesGr. A 10	Sachbearbeiter/-in Leistungsgewährung SGB XII
	60.330 €	Eckwerterhöhung

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Stellenvermehrungen (lfd. Nr. 9 – 12) einverstanden.

aus 1. Ergänzung:

12a	Entwicklung in Pflichtaufgaben	
	0,75 BesGr. A 11	Fachstellenleiter/-in Schwerbehindertenrecht
	49.690 €	überwiegend Erstattung des Landes

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE einstimmig mit der Stellenvermehrung einverstanden.

51 Amt für Kinder, Jugendliche und Familien

13	Entwicklung in Pflichtaufgaben	
	0,90 EGr. 4 (3/4a)	Hausw. Gehilfin diverse Kindertageseinrichtungen
	33.690 €	Verpflegungskostenpauschale

14	Entwicklung in Pflichtaufgaben	
	2,77 EGr. S 6	Erzieher/-in Kindertagesstätte Eichenau, Dependence Heriburgstraße
	127.140 €	Eckwerterhöhung, anteilig Landeszuschuß, Elternbeiträge

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Stellenvermehrungen (lfd. Nr. 13 und 14) einverstanden.

15	Entwicklung in Pflichtaufgaben	
	4,94 EGr. S 6	Erzieher/-in Kindertagesstätte Nienberge-Häger
	226.750 (2013: 94.480) €	Eckwerterhöhung, anteilig Landeszuschuß, Elternbeiträge

Die Verwaltung zog den Vorschlag der Stellenvermehrung zurück. Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung nahm das zur Kenntnis.

aus 1. Ergänzung:

15a	Entwicklung in Pflichtaufgaben	
	2,36 EGr. S 6	Erzieher/-in Kindertagesstätte Berg Fidel
	108.630 €	2014: Mittelumschichtung im Teilergebnisplan 0601; ab 2015 Eckwerterhöhung und anteilig Landeszuschuß, Elternbeiträge

16	Entwicklung in Pflichtaufgaben	
	3,80 EGr. S 12	Sachbearbeiter/-in Fachberatung Kindertagespflege
	198.180 €	Eckwerterhöhung

17	Entwicklung in Pflichtaufgaben	
	0,36 EGr. S 15	Sachbearbeiter/-in Fachberatung Kindertagesstätten
	23.470 €	Eckwerterhöhung

18	Entwicklung in freiwilligen Bereichen	
	10,00 EGr. S 6	Erzieher/-in Offene Ganztagschule
	0,50 EGr. S 6	Springer/-in Offene Ganztagschule
	291.020 (2013: 121.260) €	Aufwendungen für Sonstige Beschäftigte
	773.130 (2013: 322.140) €	Eckwerterhöhung, anteilig Landeszuschuß, Elternbeiträge

19	Entwicklung in freiwilligen Bereichen	
	0,26 EGr. S 6	Erzieher/-in Leitung Kindertreff Pötterhoek
	15.330 €	Mittelumschichtung im Teilergebnisplan 0602

20	Entwicklung in Pflichtaufgaben	
	0,10 EGr. 5	Sachbearbeiter/-in Verwaltungsangelegenheiten Kinderfrüh- erkenntnisuntersuchungen
	4.350 €	Mittelumschichtung Teilergebnisplan 0605

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Stellenvermehrungen (Ild. Nr. 15 a – 20) einverstanden.

21	Entwicklung in Pflichtaufgaben	
	1,50 BesGr. A 7	Sachbearbeiter/-in Betreuungsgeld
	73.470 €	Eckwerterhöhung

Zu Nr. 21 lag folgender Antrag vor:

Anstelle des Vorschlags der Verwaltung wird nur 1,00 Stelle neu eingerichtet. Diese Stelle wird gesperrt; die Entsperrung erfolgt abhängig von der Aufgabenentwicklung und möglichen gesetzlichen Änderungen durch den Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung nahm den Antrag bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE einstimmig an. Herr Heuer teilte mit, dass die Entsperrung der Stelle dem APRO zu Beginn des Jahres 2014 zur Entscheidung vorgelegt werde.

22	Entwicklung in Pflichtaufgaben	
	0,50 BesGr. S 12	Sachbearbeiter/-in Familienbüro
	24.650 €	Eckwerterhöhung

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit der Stellenvermehrung einverstanden.

52 Sportamt

23	Entwicklung in freiwilligen Bereichen	
	1,00 EGr. 11	Sachbearbeiter/-in Sport- und Veranstaltungsmanagement
	69.690 €	Eckwerterhöhung

Zu Nr. 23 lag folgender Antrag vor:

Die Stelle wird nicht eingerichtet. Stattdessen werden 26.500 € jährlich als Projektmittel für die Vertragslaufzeit des GIRO Münsterland zur Verfügung gestellt, mit dem Ziel, die betreffende Mitarbeiterin wenn möglich befristet weiterzubeschäftigen.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich angenommen.

Herr Heuer erklärte, dass die weitere Befristung für die derzeitige Stelleninhaberin geprüft werde. Er sagte eine Information an die politischen Gremien zu.

53 Amt für Gesundheit, Veterinär- und Lebensmittelangelegenheiten

24	Entwicklung in Pflichtaufgaben	
	1,00 EGr. 9	Sachbearbeiter/-in Hygienebeauftragte/-r Schulen
	48.480 €	Eckwerterhöhung

25	Entwicklung in Pflichtaufgaben	
	0,50 EGr. S 12	Sachbearbeiter/-in sozialpsychiatrischer Dienst
	26.160 €	Eckwerterhöhung

59 Jobcenter

26	Entwicklung in Pflichtaufgaben	
	1,00 BesGr. A 10/ EGr. 9	Sachbearbeiter/-in Fachadministration OPEN/Prosoz
	57.850 €	Erstattungen des Bundes (84,8 %), Eckwerterhöhung

67 Amt für Grünflächen und Umweltschutz

27	veränderte gesetzliche Maßgaben	
	1,00 EGr. 5	Sachbearbeiter/-in Umweltinspektionen
	43.450 €	Eckwerterhöhung

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Stellenvermehrungen (lfd. Nr. 24 – 27) einverstanden.

3.5 Weitere Anträge

Es lag dazu folgender gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen/GAL vor:

*„Aufhebung von kw-Vermerken (Sozialamt)
Die Vermerke „kw 31.12.2014“ an den zum Beschluss der Vorlage V/0088/2013 „Zeitlich befristete Übergangslösungen zur Unterbringung von Flüchtlingen bis zur Fertigstellung neuer Einrichtungen in Roxel und Wolbeck“ eingerichteten Planstellen werden aufgehoben.“*

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung nahm den Antrag einstimmig an.

4. Stellenwertveränderungen / Stellenverlagerungen aufgrund von Organisationsmaßnahmen und/oder Personalumsetzungen

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit der Stellenwertveränderung / Stellenverlagerung einverstanden.

5. Stellenhebungen

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit der Stellenhebungen einverstanden.

6. Anpassung des Stellen-Solls an die Ist-Einstufung nach Organisationsmaßnahme und/oder Personalumsetzung/-einsatz

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit der Anpassung des Stellensolls an die Ist-Einstufung einverstanden.

7. Stellenumwandlungen

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit der Stellenumwandlungen einverstanden.

8. Stellenabwertungen

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE einstimmig mit der Stellenabwertungen einverstanden.

9. Zeitlich befristete Projekte

9.1 Kenntnisnahme laufende Projekte

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung nahm die laufenden Projekte aus dem Entwurf und der 1. Ergänzung sowie die Beschlüsse zu den TOP 7 (Vorlage V/0835/2013) zur Kenntnis.

9.2 neue und veränderte Projekte

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung stimmte den neuen und veränderten Projekten aus dem Entwurf und der 1. Ergänzung (lfd. Nr. 1 – 17) einstimmig zu.

9.3 Weitere Anträge

Es lag dazu folgender gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen/GAL vor:

„Sozialamt

Im Sozialen Fachdienst für Flüchtlinge wird befristet für zwei Jahre 1,00 Stelle zur sozialen Betreuung eingerichtet.

Im Bereich Senioren und Pflege wird für die Dauer von zwei Jahren 0,50 Stelle möglichst als Aufstockung einer vorhandenen Stelle mit dem Ziel eingerichtet, Umzüge in Wohn- und Pflegeheime zu vermeiden oder ihre Zahl zu verringern. Die Verwaltung wird beauftragt, über Ergebnisse, insbesondere zu eingesparten Wohn und Pflegekosten, regelmäßig zu berichten. Zum Stellenplan 2016 sind ein Evaluationsbericht, der etwaige Einspareffekte bei Leistungen für Grundsicherung im Alter benennt, vorzulegen und ein

Entscheidungsvorschlag zur möglichen dauerhaften Einrichtung zu unterbreiten. Der voraussichtliche Aufwand von ca. 25.000 Euro soll sich durch Einsparungen bei der Grundsicherung refinanzieren.“

Herr Klas teilte mit, dass es im letzten Satz des Antrags anstelle von „...bei der Grundsicherung“ heißen muss „...bei der Hilfe zur Pflege“.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung stimmte dem so geänderten Antrag einstimmig zu.

10. Schlussabstimmung über den Stellenplan der Stadt Münster für das Haushaltsjahr 2014

Abschließend beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung mehrheitlich gegen die Stimme der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE, dem Rat die Annahme des Stellenplans der Stadt Münster für das Haushaltsjahr 2014 in der Fassung des Verwaltungsentwurfs einschließlich der 1. Ergänzung unter Berücksichtigung der in diesem Beratungsverlauf beschlossenen Veränderungen sowie der sich aus den Beschlüssen zu den heute beratenden Vorlagen ergebenden Veränderungen zu empfehlen.

Punkt 16 der Tagesordnung

Haushaltsplan-Entwurf 2014 für die Stadt Münster

I. Entwurf des Haushaltsplanes: einzelne Teilergebnis- und Finanzpläne für die Produktgruppen gemäß Beratungsplan – einschließlich der Beratung zum Thema „GENDER-Budgeting in der PG 0108“

Die in die Zuständigkeit des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung fallenden Produktgruppen wurden einzeln aufgerufen. Herr Klas bat die Ausschussmitglieder, Anträge der Fraktionen jeweils zu den einzelnen Produktgruppen zu stellen.

Die Beratung brachte **folgende Abstimmungsergebnisse**:

Produktgruppe 0102 - Geschäftsführung pol. Gremien / Städtepartnerschaften

Produktgruppe 0105 – Personal- und Schwerbehindertenvertretung

Der Entwurf des Haushaltsplanes wurde für die vorgenannten Produktgruppen einstimmig angenommen.

Produktgruppe 0108 - Personal- und Organisationsamt:

Der Entwurf des Haushaltsplanes wurde für die Produktgruppe 0108 einstimmig angenommen.

Zum Thema: GENDER-Budgeting in der PG 0108:

Herr Klas schlug vor, das Thema „GENDER-Budgeting“ im Zusammenhang mit der Beratung des Frauenförderplans aufzugreifen. Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einverstanden, die Beratung dazu auf eine der nächsten Sitzung zu schieben.

Produktgruppe 0110 – Recht

Produktgruppe 0113 – Zentrale Dienste

Produktgruppe 0201 – Ordnungsrechtliche Angelegenheiten

Produktgruppe 0202 – Gewerberechtliche Angelegenheiten

Produktgruppe 0203 – Straßenverkehrsrechtliche Angelegenheiten

Produktgruppe 0204 – Bürgerangelegenheiten

Produktgruppe 0205 – Standesamtsangelegenheiten

Produktgruppe 0206 – Ausländerangelegenheiten

Produktgruppe 0208 – Wahlen

Produktgruppe 1503 – Stadthalle Hilstrup

Produktgruppe 1504 – öffentliche Toilettenanlagen

Der Entwurf des Haushaltsplanes wurde für die vorgenannten Produktgruppen einstimmig angenommen.

II. Zeilen 11 und 12 des Ergebnisplanes (Personal- und Versorgungsaufwendungen) sowie Zeilen 10 und 11 des Finanzplanes (Personal- und Versorgungsauszahlungen) -> Seiten 9 und 11 des Haushaltsplanentwurfs

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE einverstanden.

III. Positionen in den zur Beratung vorliegenden Veränderungslisten

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE mit den Veränderungen einverstanden.

IV. Schlussabstimmung zum Haushaltsplan-Entwurf 2014

Anschließend erklärte sich der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE mit den in die Zuständigkeit des APRO fallenden Teilergebnis- und Finanzplänen, den gesamten Personal- und Versorgungsaufwendungen bzw. –auszahlungen einschließlich der mit den Veränderungslisten einverstanden.

Punkt 17 der Tagesordnung

Verschiedenes

Keine Wortmeldungen

Gez.
Heribert Klas
Vorsitz

Gez.
Andrea Gottlob
Schriftführung